

Asyl-Irrsinn in Deutschland: Hybris der Politik



Am – logischen – Anfang eines Gemeinwesens steht das Individuum. Individuen agieren, verfolgen Ziele, zunächst vor allem materieller Art. Selbst wer nach „höheren“ Gütern strebt, bedarf eines materiellen Mediums. Aneignung setzt ein und Eigentum entsteht. Arbeitsteilung und Kooperation koordinieren die Begabungen. Man einigt sich auf Gewaltverzicht und Spielregeln. Regelverletzungen zu identifizieren und mit Sanktionen zu belegen wird an eine „Agentur“ delegiert. Wir nennen das den „Staat“ und, etwas martialisch, das „Gewaltmonopol“. Dessen Bestimmung ist es, die Unversehrtheit von Leib, Leben und Eigentum sowie das gewaltfreie Zusammenspiel der Akteure zu gewährleisten – nicht weniger und nicht mehr, einfach und verständlich.

Von Marcus / 07. Dez 2014

Zuwanderungsskeptiker beklagen in der Maßlosigkeit des Asyl-Geschehens und den Kollateralschäden der Bereicherung die Selbstaufgabe des Staates und „Untätigkeit“ der Politik: Lieber Vater Staat, was pennst Du? Komm heraus aus Deinem Kyffhäuser und rette uns mit starkem Arm vor all dem fremden Volk! Nein, unser Problem ist nicht, dass die Politik „nichts tut“. Im Gegenteil ist das Politikverständnis in diesem Land hoch ambitioniert. Durch die Asyl-Schwemme beflügelt, ist die Politik dabei, förmlich überzuschnappen und wittert die Gelegenheit, das ganz große Rad drehen zu können. Deutschlands Asyl-Irrsinn belegt nicht, dass der Staat kapituliert, sondern dass er den Turbo einschaltet. Schauen wir uns doch die Eskalationsstufen der Selbst-Überhebung des „Politischen“ an, die uns im „Diskurs“ um Asyl und „Flüchtlinge“ begegnen:

So meint unsere politische Klasse herausgefunden zu haben, dass Deutschland mehr Zuwanderung braucht und sieht sich berufen, eine aggressivere „Zuwanderungspolitik“ in Aussicht zu stellen. „Zuwanderungspolitik“ aber ist – wie „Mindestlohn“, „Mietpreisbremse“ und „Negativzins“ – per se ein deformierender Eingriff in die Feinsteuerung durch Angebot und Nachfrage und gleichsam „Gesellschaftspolitik“ mit dem planwirtschaftlichen Dampfhammer. Das bloße Konzept einer groß angelegten „Zuwanderungspolitik“ zeugt von dem konstruktivistischen Aberglauben, Wirtschaft und Gesellschaft quasi vom grünen Tisch aus zentral nach Masterplan „gestalten“ zu können.

Noch einen Gang höher schaltet die Politik, wenn man uns allen Ernstes einredet, Abermillionen Menschen aus aller Herren Länder mit den unterschiedlichsten kulturellen Voraussetzungen durch staatliche Intensivbegleitung auf die Anforderungen von Arbeitsmarkt

und modernen Gesellschaft trimmen zu können. Zugespitzt: Was vorne als Analphabet mit solidem traditionell-islamischen Weltbild hereinkommt und dann in den Mühlen der deutschen Sozial- und Bildungsindustrie ordentlich durchgewalkt wird, kommt hinten als homophile, geschlechtsneutrale IT-Fachkraft mit buntrepublikanischem Bewusstsein wieder heraus. Geht's noch!

Die maßlose Überschätzung der Leistungsfähigkeit von Politik ist noch steigerungsfähig. Deutschland muss, so heißt es, „Verantwortung für die Welt“ übernehmen. Jetzt wird es schon erhaben! Wir überschreiten den Horizont des schnöden Eigeninteresses (nichts da mit „Deutschland profitiert von...“) und wenden uns nobleren Zielen zu. Deutschland hat eine Mission. Alle gesellschaftlichen Kräfte müssen für diese unsere Mission gebündelt und mobilisiert werden. Wir müssen die Not der Welt lindern, indem wir sie vorbehaltlos bei uns aufnehmen. Millionen Afrikaner sollen wir hier bei uns in anspruchsvollen Berufen ausbilden und anschließend als frisch gebackene Spitzenkräfte zum Aufbau Afrikas hinaussenden. Größenwahn und Großmannssucht im philanthropischen Gewand!

Aus der Selbst-Überhebung der Politik, die sich unmöglich zu stemmende sozialpolitische Megaprojekte aufhalst, wird moralische Überheblichkeit, wenn die politische Klasse in volkspädagogischer Anmaßung zur migrationspolitischen Zwangsbeglückung der indigenen Bevölkerung schreitet. Man verordnet uns „Weltoffenheit“ und „Toleranz“, ermahnt uns zu Selbstzensur, auf dass wir das Fremde immer nur als „Bereicherung“ wahrnehmen und macht uns gar noch religionsphilosophische Vorgaben von Staats wegen – dass alle Religionen gleich sind oder der Islam zu Deutschland gehört. Was bilden sich diese Möchtegern-Philosophenkönige im Politikberuf und im Staatsdienst eigentlich ein, wer sie sind?

Sozialpolitische Gigantomanie und volkspädagogische Anmaßung sind ein explosives Gemisch, und so schlägt die Selbstüberschätzung der Politik vollends in Hybris aus, wenn das Projekt „Zuwanderung“ und Umvolkung sozialutopisch aufgeladen und zur innerweltlichen Heilsperspektive überhöht wird. Die größtmögliche Massenzuwanderung der geringstmöglichen Qualität – kommt zu uns ALLE, die ihr mühselig und beladen seid – ist unserem weltrettenden Ehrgeiz grad gut genug! Deren „Gestaltung“ durch die Politik mit dem staatlichen Gewaltmonopol gegen die indigene Bevölkerung im Rücken, soll den großen Sprung nach vorne bringen, der den bisherigen sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsexperimenten so katastrophal misslungen ist.

Deutschland als Versuchslabor und Vorbild einer besseren, neuen Welt, die die Fragmentierung in Rassen und Nationen, die Ungleichverteilung der Güter und Chancen, den „Gegensatz zwischen Nord und Süd“ überwunden hat. Dem im Wege steht die Schwerfälligkeit in Teilen der biodeutschen Urbevölkerung, deren Widerstand gebrochen werden muss. Das ist der „humanistische“ Kampfauftrag an das staatliche Gewaltmonopol in Zeiten der Zuwanderungsbesoffenheit. Es gilt, die „Festung Europa“ zu knacken und die teuflische weiße Rasse zu pulverisieren. Aus der Hybris erwächst der Hass, der Hass auf das Eigene, dem sich zu verdanken Stolz und Eitelkeit nicht ertragen. „Gesellschaftspolitik“ als Hass-Projekt.

Von wegen, der Staat schläft, zieht sich zurück, erschläft, und die Politik sieht tatenlos und wie paralyisiert zu! Die Politik will das ganz große Gesellschaftsprojekt und hebt sozialutopisch aufgeputscht zum ganz großen Wurf an. Hiervon getrieben, entartet das staatliche Gewaltmonopol und löst sich ab von seiner ursprünglichen, nüchternen und natürlichen Bestimmung. Wenn also der Staat sich nicht mehr um „Sicherheit und Ordnung“ kümmert, dann nicht, weil er schwächelt, sondern weil er auf viel „höhere“ Ziele umgewidmet wird.

Was interessiert den Staat, was interessiert die große Politik denn dann noch das lästige Gewürm kartoffeldeutscher Kleingeister, die sich um das redlich erworbene Eigentum an ihrem spießigen Reihenhäuschen sorgen.

Widerstand gegen den Asyl-Irrsinn in Deutschland, gegen die mittransportierten Untertöne und Überhöhungen, Ambitionen und Anmaßungen kommt daher nicht einem Ruf nach rettender staatlicher Intervention gleich, sondern ist Widerstand gegen die Hybris der Politik und den abhebenden Turbo-Staat, der gefälligst wieder runterkommen und sich *bescheiden* soll, seine eigentlichen Aufgaben wahrzunehmen. Nämlich Leben, Eigentum und Freiheit seiner Bürger zu schützen und gewaltlose Kooperation zwischen zivilisierten Menschen zu gewährleisten – nicht weniger und nicht mehr, einfach und verständlich.

Eine mutige Frau kämpft für Recht, Gesetz und Deutschland



Hunderttausende Asylsuchender und Flüchtlinge aller Kategorien überfluten Deutschland. Es darf aber mit Fug und Recht bezweifelt werden, daß es sich stets um politisch Verfolgte handelt. Die geringe Zahl der gerichtlich oder behördlich bestätigten (echten) Asylanten erlaubt diese Vermutung durchaus, allem linken Gesäusel zum Trotz. Die Gesellschaft geht (noch!!!) weitgehend unberührt zur Tagesordnung über. Uns geht´s ja gut, wir haben´s ja! Und solange wir noch etwas haben, werden sie weiter zu uns wollen. Glaubt man den Rufen aus Brüssel, stehen rund 50 Millionen „Asylanten“ und Flüchtlinge vor der Tür. Sie wollen ins gelobte Land.

Von *Peter Helmes* / 07. Dez 2014

Daß das auf Dauer nicht gut geht, läßt sich absehen. Aber „die Politik“ geht den einmal eingeschlagenen Weg unverdrossen und blind für die Folgen einer vorgegaukelten Nächstenliebe weiter.

Auch wenn es selbstverständlich ist, muß hier eine Bemerkung eingefügt werden, um Mißverständnisse oder bewußte Falschinterpretationen zu verhindern: Asylbewerbern, die zu Recht hier in Deutschland sind, muß natürlich geholfen werden. Das deutsche Asylrecht ist

sehr großzügig. Deshalb dürfen wir sozusagen im Gegenzug aber auch die Respektierung unserer Regeln und Gesetze erwarten. Denn nur so wird Integration möglich. Auch selbstverständlich (leider nicht, aber sollte sein!) ist: Wer z. B. als Wirtschaftsflüchtling oder durch Schummelei an den EU-Grenzen nach Deutschland kommt und hier nicht einmal seine Personalien angeben will, hat kein Aufenthaltsrecht und sollte sofort abgeschoben werden.

Noch einmal zur Klarstellung: Jeder Fremde, der aus seiner Heimat flüchten muß, weil sein Leben in Gefahr ist, verdient Asyl in Deutschland. Aber diejenigen, die herkommen, um nur zu fordern – quasi ein „Rundum-sorglos-Paket“ beanspruchen – , aber nichts zu geben bereit sind, haben hier nichts zu suchen. Die Rechtslage ist klar! Dies gilt erst recht, wenn sie straffällig werden und/oder mit Gewalt drohen.

Kulturbereicherung?

Das sehen nicht alle so. Linksgrüne „Gutmenschen“ und „Bessermenschen“, gerne begleitet von Kirchenleuten und DGB-Gewerkschaftern, feiern solche „Asylanten“ als willkommene Kulturbereicherung, während die, die auf die Rechtslage verweisen, oft und gerne als Nazis beschimpft werden. Eine solche Gastgeberhaltung führt das Asylrecht ad absurdum.

Ein dafür typischer Vorgang spielt sich derzeit in der Hansestadt Hamburg ab. Karina Weber (kl. Foto li.), früher CDU, jetzt Kandidatin der AfD für die Bürgerschaftswahlen im nächsten Frühjahr, hat mit dem AfD-Landesvorstand bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen die Kampnagel-Intendantin Deuflhard (kl. Foto re.) gestellt. Es geht um den Verdacht der Beihilfe zu Ausländerstraftaten gemäß § 95 Abs.1 Ziffern 2, 3, 5 und 6a AufenthG i.V.m. § 27 Abs. 1 StGB sowie des Verdachts der Untreue gemäß § 266 Abs. 1 StGB gestellt.

Amelie Deuflhard beherbergt in einem sogenannten „Kunstwerk“¹, einem Holznachbau der Roten Flora (das ist leider keine Satire), sechs der sich hier illegal aufhaltenden Lampedusa-Flüchtlinge. Diese Menschen sind nach wie vor nicht einmal bereit, unseren Behörden ihre Personalien anzugeben. Der illegale Aufenthalt ist gemäß § 95 Aufenthaltsgesetz strafbar, und die Intendantin leistet durch die Unterbringung Beihilfe zu einer Straftat. Außerdem gibt es für das „Kunstobjekt“, das auch aus Steuermitteln finanziert wird, weder eine Genehmigung, die eine Nutzung als Wohnraum zuläßt, noch verfügt es über einen Brandschutz. Jedem Bürger, der z.B. in seiner Gartenlaube in einer Gartenkolonie übernachten will, wird die Übernachtung genau aus diesen Gründen verboten.

Leider kein Scherz am Rande: Sie beruft sich dabei auf den Papst. Ausgerechnet auf den Papst? Heuchlerischer geht's nicht! Denn nach aller Erfahrung handelt es sich um genau die Leute, die bei jeder Gelegenheit über die Katholische Kirche herziehen.

Verweigerung der Identität: Offene Rechtsbeugung

Daß in diesem Falle der Vorwurf eines Asylmißbrauchs seine Berechtigung haben könnte, zeigen die Hintergründe: Die sechs Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg stammen ursprünglich aus sicheren afrikanischen Ländern. Diese Menschen arbeiteten in Libyen, kehrten jedoch bei Ausbruch des dortigen Bürgerkrieges 2011 nicht in ihre afrikanische Heimat zurück, sondern flohen nach Italien.

¹ http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg_journal/Kampnagelaktion-fuer-Fluechtlinge,hamj37670.html

Das Abkommen Dublin II besagt eindeutig, daß Italien diese Flüchtlinge hätte aufnehmen und in ihrem Land behalten müssen. Nur dort hätte das Asylverfahren der Afrikaner nach dieser Vereinbarung durchgeführt werden dürfen. Die Italiener verstießen gegen das Abkommen und gaben den Afrikanern stattdessen pro Person 500 Euro und eine Aufenthaltsgenehmigung für den Schengenraum.

Im März 2013 in Hamburg angekommen, verweigerten die Flüchtlinge die Preisgabe ihrer Identität, da sie nicht das offizielle deutsche Asylverfahren durchlaufen wollten. Die Afrikaner fordern auch kein individuelles Bleiberecht, sondern ein Bleiberecht als Gruppe. Das ist jedoch nicht mit dem Asylrecht zu vereinbaren. Im Mai 2013 erklärte sich Italien bereit, diese Lampedusa-Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Das wollten sie aber nicht.

Auch hier wäre die Rechtslage eindeutig – „eigentlich“. Eine Intendantin, die sich über geltendes Recht hinwegsetzt, ist in einem Rechtsstaat nicht tragbar und müßte sofort entlassen werden. Hier ist Bürgermeister Scholz gefordert. Sollte ihm an der Einhaltung von Gesetzen etwas liegen, dann hat er über seine Behörden unverzüglich einzugreifen und das „Kunstobjekt“ räumen zu lassen. Aber man darf schon jetzt davon ausgehen, daß die Sache im Sande verlaufen und das Verfahren „mangels öffentlichen Interesses“ gar nicht erst aufgenommen bzw. eingestellt werden wird. Hamburgs Toleranz gegenüber Rechtsbrechern ist leider seit langem bekannt.

Hohn, Beschimpfung, Verachtung für Karina Weber

Was nun folgt, ist ein erneuter Beweis für die Spaltung unserer Nation in Gutmenschen und solchen, die mit ihrer Arbeit erst die (Steuer-)Gelder erwirtschaften, mit denen ein Quodlibet sozialer Wohltaten erst ermöglicht wird:

Karina Weber erntet ob ihrer Initiative einerseits Zustimmung, andererseits – und das scheint die Mehrheit zu sein – Hohn, Verachtung und Beschimpfungen. Einer fairen Diskussion weichen die Letzteren aus, zitieren aber gerne die „christliche Botschaft“ vom Frieden in der Welt. Wie verbogen diese linken „Rechtgläubigen“ denken, zeigt eine e-mail, das Karina Weber vor wenigen Stunden erhielt:

Meinen Dank an Amelie Deuflhard für die praktizierte Nächstenliebe und das Verbreiten von (nicht nur) christlichen Werten. Zutiefste Empörung gegen Menschen, die Hilfsaktionen aus politischem Kalkül behindern wollen, obwohl sie niemanden schaden, einigen helfen und der Gesellschaft ihre Würde zurückgibt.

Weber stellt klar:

Flüchtlinge, wie z. B. Menschen aus Syrien, die mit dem Tode bedroht sind, haben selbstverständlich unsere ganze Unterstützung. Abgelehnte Asylbewerber oder welche, die ihre Pässe wegschmeißen, um einer Überprüfung zu entgehen, lehne ich ab.

Verehrte Leser, der hier geschilderte Vorfall mag in seiner Tragweite nicht besonders dramatisch sein. Er veranschaulicht aber die Praxis in unserem Land und die Schieflage der linken Gesellschaft. Gutmenschen stehen über dem Gesetz.